

Rede
von Herrn BA Dr. Felix Klein
anlässlich der
Gedenkveranstaltung für die
Opfer des Nationalsozialismus
24. Januar 2024, 18.30 Uhr
Hessischer Landtag

Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Abgeordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine außerordentliche Ehre vor dem hessischen Landtag sprechen zu dürfen. Schon als junger Schüler aus Darmstadt lernte ich bei einem Besuch das Parlament als das Herz unserer demokratischen Gesellschaft kennen. Es steht für den Austausch von Ideen, den Diskurs, den Dialog und die Suche nach Lösungen für die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Damals hätte ich mir nicht träumen lassen, heute an das Rednerpult zu treten und meine Gedanken teilen zu können. Dies erfüllt mich mit tiefem Respekt.

Seit der Proklamation des 27. Januars zum Gedenktag durch Bundespräsident Roman Herzog halten wir jedes Jahr inne, um an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, um uns vor ihnen zu verneigen.

Wir gedenken allen Menschen, die entrechtet, verfolgt, beraubt, vertrieben und ermordet wurden; denen barbarische Ungerechtigkeit und unvorstellbares Leid widerfahren ist.

Wir erinnern

an die Jüdinnen und Juden, die in den Jahren ab 1933 erst aus ihren Berufen, ihren Wohnungen und dem öffentlichen Leben gedrängt und schließlich in Auschwitz, Belzec, Majdanek, Treblinka, Sobibor und anderen Vernichtungslagern ermordet, in der Schlucht von Babyn Jar und anderen Orten von Einsatzgruppen und Wehrmacht erschossen wurden;

Wir erinnern

an die Sinti und Roma, die als „arbeitsscheu“ und „asozial“ diffamiert, zwangssterilisiert und ab 1943 systematisch ermordet wurden;

an die Homosexuellen, die von der NS-Unrechtsjustiz aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geschmäht, verurteilt, interniert und ermordet wurden;

an die Kranken und Menschen mit Behinderungen, an denen im Rahmen der „Aktion T4“ im Namen der „Rassenhygiene“ systematischer Massenmord begangen wurde;

an die Menschen in den besetzten Gebieten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, die als Arbeitssklaven ausgebeutet und in den Hungertod getrieben wurden, die als „Untermenschen“ misshandelt, missbraucht und ermordet wurden und unter dem blanken Terror der deutschen Besatzer litten;

Wir erinnern

an die Kriegsgefangenen, denen die Erfüllung grundlegender menschlicher Bedürfnisse verwehrt wurde, die nach rassistischen Kriterien in Kategorien eingeteilt wurden und damit vielfach keine Überlebenschance hatten;

an Minderheiten, die, wie die Zeugen Jehovas, aus religiösen und weltanschaulichen Gründen den Wehrdienst verweigerten und damit Lagerhaft riskierten;

an die politischen Gegner der Nationalsozialisten, die schon kurz nach dem 30. Januar 1933 in den ersten Konzentrationslagern interniert wurde, die zu Suizid und Exil genötigt wurden.

Wir erinnern an alle Opfer des Nationalsozialismus und verneigen uns vor ihnen. Wir trauern um gewaltsam abgebrochene Leben und den unermesslichen Verlust, den jede Tote und jeder Toter bedeutet.

Was die Opfer eint, ist, dass sie Menschen waren, deren Rechte und Würde wissentlich und willentlich missachtet wurden. Denen das Menschsein abgesprochen wurde, im Namen einer mörderischen Ideologie, die Volk, Rasse und Führerkult über Humanität, Menschenwürde und Freiheit stellte.

Erinnern schmerzt. Wir können das Leid der Opfer, die die Hölle auf Erden erlitten, niemals nachvollziehen und doch kommt die menschliche Vorstellungskraft schon bei dem Versuch, den Schmerz zu begreifen, an die Grenzen des Ertragbaren. Zugleich macht uns das Erinnern auch bewusst, wozu der Mensch fähig ist, welches Leid er zu erzeugen imstande ist. Die Zeitzeugen, die Überlebenden der Konzentrationslager, die das Böse am eigenen Leib erfahren haben, werden weniger. Ich möchte ihnen allen versichern: Unsere Gedanken sind auch an diesem besonderen Tag bei Ihnen.

Wir schulden es den Opfern, dass wir die Erinnerung lebendig halten. Dass wir sie in ihren eigenen Zeugnissen zu Wort kommen lassen. Die gebürtige Frankfurterin Anne Frank schrieb 1944 in ihr Tagebuch:

„Ich will den Menschen, die um mich herum leben und mich doch nicht kennen, Freude und Nutzen bringen. Ich will fortleben, auch nach meinem Tod.“

Die Hoffnung eines jungen Mädchens, dessen „Verbrechen“ es war, Jüdin zu sein, bewegt und berührt uns auch heute noch durch die auf Papier gebrachte Reinheit ihres Herzens. Und doch kann es mir nicht recht gelingen, die „Freude“, von der Anne Frank sprach, zu empfinden – mit welchem Recht könnte ich dies tun, nachdem Deutsche das Band der Zivilisation willentlich und begeistert zerrissen haben? Nachdem Deutsche, ein fünfzehnjähriges Mädchen in einen Viehwaggon pferchten und erst nach Auschwitz und dann nach Bergen-Belsen verschleppten. Als Anne Franks Herz das letzte Mal schlug war sie umgeben von Krankheit und Tod, wenige Wochen vor der Befreiung des Konzentrationslagers.

Angesichts der unermesslichen Schuld müsste ich es als Anmaßung empfinden, einen „Nutzen“ aus dem unmenschlichen Verbrechen, das einem unschuldigen Menschen widerfuhr, zu ziehen.

Erinnern bedeutet für mich daher auch sprachlos innezuhalten.

Anne Frank wäre heute 94 Jahre alt. Sie könnte hier stehen. Sie könnte leben.

Und doch: Wir erinnern und verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus auch um unserer selbst willen. Denn eine Erinnerung ohne die Verpflichtung im Hier und Jetzt zu handeln bleibt unvollkommen. Wir erinnern und verneigen uns vor den Opfern des Nationalsozialismus indem wir das Versprechen abgeben, dass „Nie wieder!“ kein Lippenbekenntnis, sondern die Basis unserer Gesellschaft, unseres Staates und seiner Institutionen ist und immer sein wird.

Geschichte währt fort, sie prägt die Nachkommen der Opfer wie auch der Täter. Wer nach 1945 in Deutschland zur Welt kam, war umgeben von Tätern, Mitwissern und Mitläufern, die nicht selten die Verbrechen verdrängten, leugneten, relativierten, vertuschten und zu ihnen schwiegen.

Als im Jahre 1963 die Auschwitzprozesse vor dem Schwurgericht in Frankfurt am Main begannen, endete das öffentliche Schweigen über den Holocaust. Zumindest in Teilen der Gesellschaft. Generalstaatsanwalt Fritz Bauer brachte dies mit dem berühmt gewordenen Wort zum Ausdruck: „Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich feindliches Ausland“. Die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus, die eine Voraussetzung für die Achtung der Opfer ist, musste hart erkämpft werden. Es ist bezeichnend, dass damals Polizisten, die vor dem Schwurgericht eingesetzt waren, vor den angeklagten ehemaligen Wachmannschaften der SS salutierten.

Auch nach 1963 wurde jeder Prozess gegen die Vollstrecker, Buchhalter und Hilfspolizisten des Holocausts von Schlussstrichdebatten begleitet, von Sympathiebekundungen für alte Männer, die sich an nichts mehr erinnern konnten oder wollten, denen die Gnade gewährt werden sollte, die sie ihren Opfern stets versagten.

Die offizielle Erinnerungskultur stand in beiden deutschen Staaten in einem Anspruchs- und Spannungsverhältnis zu den Erinnerungen und Emotionen seiner Bürgerinnen und Bürger. Die DDR erklärte sich zum antifaschistischen Staat. Sie erstreckte damit jede ehrliche Auseinandersetzung über die Zeit vor 1945. Erinnerung war lediglich im Sinne eines „heroischen Widerstandes“ denkbar. Anders gesagt: In der DDR gab es keine Täter, nur siegreiche Opfer. Somit gab es kaum Orte und Anlässe, um an diejenigen Opfer zu erinnern, die nicht in die staatlich verordnete Schablone passten.

Und in der demokratischen Bundesrepublik war die Erinnerung im politischen Raum stets von Ambivalenz geprägt. Dies wurde auch durch die politische Spitze des Landes symbolisiert: Kurt Georg Kiesinger war Mitglied der NSDAP – auch wenn er den Judenhass wohl nicht teilte. Willy Brandt hingegen ein Exilant. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt verschwieg seinen jüdischen Großvater. Das Schweigen, das Wegschauen, das Nichterinnern wurde jedoch immer wieder von Unten durchstoßen. Für viele zu spät.

Der Umgang mit der historischen Schuld sagt viel über den Zustand unseres Staates aus. Der Umgang mit der historischen Schuld ist ein fortwährender Prozess.

Ob die Stimmen der Opfer in den Debatten über den Wandel der Erinnerungskultur zu hören sind, ist eine weitere zentrale Frage, auch angesichts des Alters der wenigen verbleibenden Zeitzeugen.

Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurden neue Leerstellen der deutschen Erinnerungskultur sichtbar. Die Nachrichten strahlten Bilder von der Bombardierung des über der Schlucht von Babyn Jar in sowjetischer Zeit gebauten Fernsehturms aus. Wir sahen Aufnahmen von zerstörten ukrainischen Städten, durch die vor 80 Jahren Wehrmachtssoldaten marschierten; Namen und Orte, die in Deutschland das letzte Mal in den Jahren 1941 und 1942 eine mediale Resonanz besaßen und dann wieder verschwanden. Denn die Ukraine war, wie auch die baltischen Staaten und Belarus, in der Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hier kaum präsent. Zu oft wurde die Sowjetunion mit Russland gleichgesetzt.

Mit der Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ab 1990 hielt auch ein anderes Verständnis des Kriegsendes Einzug in die deutsche Gesellschaft. Erst am 8. Mai 1985 hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Datum der deutschen Kapitulation als „Tag der Befreiung“ bezeichnet. Er prägte damit den Diskurs und das Verhältnis zum Ende des Krieges bis heute. Nun kamen jedoch auch Veteranen der Roten Armee nach Deutschland, darunter viele Jüdinnen und Juden, die an den 9. Mai als „Tag des Sieges“ erinnerten. Sieg und Befreiung – lassen sich diese beiden unterschiedlichen Sichtweisen miteinander vereinbaren? Wie können

unterschiedliche Erinnerungen und Emotionen in einer demokratischen Erinnerungskultur fruchtbar gemacht werden? Vergessen werden darf auch nicht, dass mit dem Sieg über Nazideutschland für viele Menschen nicht die Befreiung verbunden war, die den Menschen in Westdeutschland zuteil wurde. In Mittel- und Osteuropa und in Ostdeutschland folgten auf die nationalsozialistische Tyrannei Jahrzehnte der kommunistischen Diktatur.

Navid Kermani hat in seinem Essay „Die Zukunft der Erinnerung“ von einem topographischen Bewusstsein gesprochen. Die Westbindung der jungen Bundesrepublik, verengte, so politisch zukunftsweisend sie auch war, den Blick auf die Tatorte der Shoah. Kermani schreibt:

„Der eigentliche Völkermord an den Juden fand dort statt, wo man nicht hinblickte, wenn man im Westen Deutschlands geboren und aufgewachsen war: im Osten, in Belzec, Sobibor und Treblinka, in Auschwitz-Birkenau, Majdanek und Chelmno, in Maly Trostenez, Bronnaja Gora, Babi Jar und an vielen anderen Orten. Gewiss lernt man als junger Deutscher die Zahlen. Aber es ist noch einmal etwas anderes, wenn man auf Schritt und Tritt den Geistern der Ermordeten begegnet. Würde man in Wilna Stolpersteine in den Asphalt einlassen oder in Minsk, Lemberg, Odessa, Brest, Riga, dann wären nicht einzelne Flecken, sondern halbe Städte aus Gold – golden wie das himmlische Jerusalem.“ Zitat Ende.

Die Verbrechen der Nationalsozialisten liegen für viele nicht nur geschichtlich, sondern auch geographisch fern.

Wie nah auch diese ferne Geschichte jedoch ist, wurde am 24. Februar 2022 offenbar. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur militärisch, sondern auch durch Fernsehansprachen und ‚Essays‘ des russischen Präsidenten vorbereitet worden. Der Propaganda-Apparat des Kremls missbraucht nicht nur die antifaschistische Erzählung der Sowjetunion, sondern verhöhnt auch die Opfer des Nationalsozialismus, indem die Ukraine als ‚Nazistaat‘ diffamiert wird. Geschichte ist damit zu einer Waffe in einem imperialistischen Eroberungskrieg geworden. Eine solche Geschichte aber ist ohne Erinnerung.

Denn die ehrliche Beschäftigung mit dem 20. Jahrhundert stünde den Protagonisten und Wegbereitern von Krieg und Hass im Weg. Nur durch Geschichtsumdeutungen, Relativierungen und die Verschiebungen von Grenzen des Sagbaren können sie Politik und Gesellschaft herausfordern. Auch in Deutschland. Die Forderung nach einer „erinnerungspolitische(n) Wende um 180 Grad“ und die Rede vom „Fliegenschiss der Geschichte“ bilden dabei die Spitzen einer Rhetorik, die die offene Gesellschaft als ihren eigentlichen Feind nur nicht beim Namen nennt.

Sowohl Putin als auch die Rechtsextremisten in Deutschland wissen um die Macht von Sprache, Geschichte und Erinnerung. Auch sie wissen, was Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier meinte, als er sagte: „Demokratie ist kein Zustand, sondern ein ständiger Prozess.“ Ihnen geht es um eine Störung und Umkehrung dieses Prozesses.

Daher müssen Demokraten diesen Prozess aktiv und mit vollem Einsatz mitgestalten, damit die Feinde der offenen Gesellschaft niemals die Oberhand gewinnen. Die Erinnerung selbst ist ein integraler Teil und eine Errungenschaft unserer Demokratie. Eine aufrichtige und einführende Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit muss jedoch immer auch die Stimmen unserer europäischen Nachbarn einbeziehen. Der Terror ging von Deutschland aus, seine Opfer aber waren in ganz Europa zu finden.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist ein Zeichen von Stärke und Verantwortung einer Gesellschaft. Wir können unsere Zukunft nur dann gestalten, wenn wir sie als Ergebnis der Vergangenheit verstehen und diese oft schmerzhafteste Vergangenheit klaren Blickes ansehen und aktiv im Gedächtnis halten.

Besonders seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir in Deutschland jedoch eine Dimension des Antisemitismus, die die meisten von uns in seiner Aggressivität und Geschichtsvergessenheit nicht mehr für möglich gehalten haben. Nicht 79 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz.

Am 7. Oktober starben an einem einzigen Tag so viele Jüdinnen und Juden wie seit dem Ende der Shoah nicht mehr. Die bestialische Grausamkeit mit der die Mörderbanden der HAMAS vorgehen, verstört und entsetzt. Die Bilder, die palästinensische Terroristen mit ihren Body Cams aufzeichneten, sind unerträglich. Hunderte Männer, Frauen und Kinder mussten erleben, was kaum vorstellbar ist. Auch heute sind nicht alle Geiseln befreit. Wir dürfen nicht aufhören, an ihr Schicksal zu erinnern.

Der entsetzliche Terror wurde auch auf unseren Straßen am helllichten Tag öffentlich gefeiert. Die Unterstützer des Terrors verteilten Süßigkeiten auf der Straße. Mahnmale für die Opfer des Holocaust wurden beschmiert. Was haben die Opfer der Kindertransporte mit Gaza zu tun? Stört der Gedanke, dass jüdische Kinder ermordet wurden, den eigenen Hass so sehr?

Wenige Tage nach dem 7. Oktober skandierten Demonstranten vor dem Auswärtigen Amt in Berlin: „Free Palestine from German guilt!“. Es ist, als habe sich der Ungeist der Mitwisser, Mitläufer und Mittäter von einst als Widergänger mit einer neuen Generation vereint, die die Schuldabwehrkomplexe ihrer Eltern und Großeltern übernommen haben.

Zugleich werden jüdische Studentinnen und Studenten unter Gebrüll aus den Hörsälen herausgemobbt. Nicht selten unter Applaus, fast immer jedoch ohne den geringsten Widerspruch der Anwesenden. Ist dies das Land, in dem wir leben wollen? Wie viel Platz für Antisemitismus gibt es in Deutschland?

Wer die viel zitierte Frage beantworten möchte, was er getan hätte, als die Schaufenster jüdischer Läden eingeschlagen und beschmiert wurden, kann dies jetzt tun.

Die offene und ungenierte Zurschaustellung des Judenhasses muss uns als Gesellschaft nicht nur wachrütteln, weil sie in der gesellschaftlichen Mitte angekommen zu sein scheint, sondern auch, weil sie sich für moralisch überlegen hält. Nur mit anderen Worthülsen lautet die Botschaft: Die Juden seien schuld. Die Juden seien Mörder. Die Juden seien unsere Feinde.

Es ist nicht einfach falsch verstandener Postkolonialismus, der zu dieser moralischen Überhöhung des eigenen Hasses führt. Es ist kein Ausrutscher, kein Versehen, keine Dummheit, die es nicht besser weiß. Es handelt sich vielmehr um den möglichen Endpunkt einer Theorie, deren Bezugs- und Anknüpfungspunkte in der außereuropäischen kolonialen Erfahrung liegen. Die postkoloniale Theorie führt dadurch natürlich nicht zwangsläufig zur Relativierung des Holocausts. Dass sie es aber *kann*, ist eben kein Ausrutscher, keine Anomalie, sondern eine Regelmäßigkeit.

Dies muss nicht so sein. In einem langen und schwierigen Prozess haben zum Beispiel die Kirchen gezeigt, wie man sich den Regelmäßigkeiten des Hasses und der Ausgrenzung stellen kann. Die Kirchen haben sich mit den theologischen Wurzeln des christlichen Antijudaismus auseinandergesetzt. Der Juden Hass eines Martin Luthers wird nicht geleugnet, sondern als Teil der eigenen Geschichte, als Teil der eigenen theologischen Tradition zunächst begriffen und sodann kritisiert und ihm entgegnet.

In Politik und Gesellschaft darf die billige Lösung, die darin besteht, das Nicht-Passende als Unfall auszusortieren, keine Schule machen. Nur wenn wir uns mit den historischen und ideologischen Wurzeln des Hasses auseinandersetzen und ihn als Teil unserer Geschichte, unserer Ideen und unserer Gedanken begreifen, können wir ihm kraftvoll und konsequent entgentreten.

Auch der Antisemitismus der progressiven Milieus, an den Universitäten, den Kulturinstitutionen und bei der Documenta 15 kann sich auf historische Vorläufer berufen, die von einer langen Tradition der Romantisierung vermeintlicher „Freiheits-“ und „Widerstandskämpfer“ in bundesrepublikanischen Diskursen Zeugnis ablegen. Dass dieser Weg die Terrorgruppe „Revolutionäre Zellen“ gemeinsam mit palästinensischen Terroristen im Jahre 1976 zur Selektion von jüdischen Passagieren nach Entebbe führte, war ebenso wenig ein Ausrutscher oder ein Versehen wie der Jubel auf deutschen Straßen nach dem barbarischen Terror des 7. Oktobers.

Der Hass ist real. Auch der Hass der Nationalsozialisten war real. Wir wissen wozu er führte. Der Hass ist nicht entschuldbar.

Diese Entwicklungen halte ich für so alarmierend, dass sie geeignet sind, die Grundfesten unseres freiheitlichen demokratischen Miteinanders aus den Fugen zu heben. Es sind nicht mehr die Anfänge, derer sich die Gesellschaft erwehren muss.

Der israelbezogene Antisemitismus ist der kleinste gemeinsame Nenner extremistischer Gruppen aller Couleur. Zwischen Neonazis und Rechtsextremisten, den Pandemieleugnern und Verschwörungsideologen, den linksextremen Aktivisten und BDS-Unterstützern und Islamisten gibt es gravierende Unterschiede. Gemeinsam ist ihnen jedoch der Hass auf Israel.

Wir sind deswegen verpflichtet, uns allen Formen des Antisemitismus entgegenzustellen.

Es gibt keine Hierarchien des Hasses, keine Hierarchien der Opfer. Die Würde des Menschen ist unteilbar. Sie kennt keine Abstufungen.

Ich spreche heute als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus zu Ihnen. Mein Amt wurde auch geschaffen, um jüdisches Leben in Deutschland sichtbarer zu machen.

Aber ist ein normales jüdisches Leben in Deutschland möglich? Gibt es wieder so etwas wie ein ‚deutsches Judentum‘?

Beide Fragen knüpfen an eine lange Tradition an – und stehen doch nach Auschwitz allenfalls in einer gebrochenen Kontinuität. In Deutschland bezeugten Persönlichkeiten wie Abraham Geiger, Zacharias Fraenkel und später Leo Baeck wie aktiv das religiöse und intellektuelle jüdische Leben vor der Shoah war. Jüdische Wissenschaftler und Künstler, Schriftsteller und Unternehmer leisteten herausragende Beiträge auf ihren Gebieten. Gleichzeitig erwuchs mit der Emanzipation der Juden in Deutschland und Europa das gesellschaftliche Gift des Antisemitismus.

Nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Theresienstadt wurde Leo Baeck mit folgenden Worten zitiert:

„Unser Glaube war es, dass deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnten. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“

Wer hätte es gewagt, ihm angesichts der beispiellosen Verbrechen und im Angesicht der Opfer des Nationalsozialismus zu widersprechen?

Dass 82 Jahre nach der Wannseekonferenz und 79 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz überhaupt wieder über jüdisches Leben – geschweige denn einer Normalität – in Deutschland gesprochen werden kann, ist keine Selbstverständlichkeit.

Wenn Politikerinnen in Deutschland über jüdisches Leben in Deutschland sprechen, fallen häufig Ausdrücke wie „Wunder“ und „Geschenk“ – ich will dies hier nicht wiederholen, denn Wunder und Geschenke verkennen die Entscheidungen, Gefühle und Anstrengungen der handelnden Menschen. Mehr noch: Sie spiegeln, auch wenn die Worte mit guter Absicht gewählt wurden, meist nur eine Sicht der Mehrheitsgesellschaft.

Die Biographien und das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland sind komplexer. Und dass diese Erkenntnis sich mittlerweile in der Gesellschaft durchsetzt, ist auch ein Verdienst von jüdischen Stimmen, die ihre Meinungen und Ideen in die Frage „Was für ein Land wollen wir sein?“ einbringen.

Eine solche aktive Rolle wird die jüdische Akademie in Frankfurt am Main übernehmen. Die Jüdische Akademie will den intellektuellen Diskurs über das Judentum in die Öffentlichkeit tragen, Lehrkräfte, Vollzugsbeamte sowie verschiedene Berufsgruppen an gesellschaftlichen Schnittstellen informieren. In ihrer Schwerpunktarbeit will die Akademie dazu beitragen, jüdische Zuwanderer in die jüdische Gemeinschaft und die deutsche Gesellschaft zu integrieren, Wissen über die jüdische Gemeinschaft und Religion zu vermitteln sowie jüdisches Leben und Wirken in unsere Gesellschaft hinein sichtbar zu machen.

Der Bau der Jüdischen Akademie ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland. Er ist Ausdruck der Entschlossenheit, jüdische Stimmen und Perspektiven in unseren Debatten und Diskursen zu fördern und zugleich den Austausch mit der nichtjüdischen Bevölkerung zu intensivieren.

Als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus betone ich immer wieder: Jüdisches Leben in Deutschland muss sicher *und* sichtbar sein. Sicherheit ist die Voraussetzung für Sichtbarkeit, Sichtbarkeit aber ist die Voraussetzung für die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland.

Wir müssen daher alles tun, um dem Hass die Grundlage zu entziehen. Wer sich in der Öffentlichkeit vor Bedrohungen und tätlichen Angriffen schützen muss, kann nicht frei und gleichberechtigt im gesellschaftlichen Diskurs teilhaben. Antisemitismus darf daher endlich nicht mehr nur als Gefahr für Juden wahrgenommen werden, sondern als Bedrohung für unsere Demokratie, für unser Miteinander. Es ist kein Zufall, dass die Demokratieverachtung und Feindseligkeit gegenüber dem Staat, die sich auf unseren Straßen und in den sozialen Medien manifestieren, oft mit antisemitischen Ressentiments einhergehen.

Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere gemeinsamen Werte, auf Freiheit, Toleranz und Gleichheit und damit auch ein Angriff auf uns alle.

Bei aller Dankbarkeit darüber, heute die Frage stellen zu können, ob normales jüdisches Leben in Deutschland wieder möglich ist, muss uns allen bewusst sein, dass eine Frage stellen zu können noch nicht bedeutet, diese auch bejahen zu können. Normalität kann außerdem niemals bedeuten, das Menschheitsverbrechen der Shoah zu vergessen. Wir können nur eine Zukunft gestalten, wenn wir unsere Vergangenheit kennen. Wir können unsere Gesellschaft, wie sie heute ist, nur verstehen, wenn wir uns an unsere Geschichte erinnern.

Normalität kann auch dort nicht entstehen, wo jüdisches Leben funktionalisiert wird. Ich warne daher davor, im Rahmen einer ritualisierten Erinnerungskultur Juden zu instrumentalisieren, um die Erfolge der eigenen Versöhnungsarbeit und Geschichtsaufarbeitung in den Vordergrund zu stellen.

Wer jüdisches Leben schützen und fördern will, muss die heute lebenden Juden in den Blick nehmen; muss den Antisemitismus von heute bekämpfen, nicht den der Vergangenheit.

Eingedenk dieser Verantwortung dürfen wir Angriffe auf die Würde des Menschen niemals mehr zulassen. Egal wo, wie und von wem: Antisemitismus und Menschenhass dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Solange sich Juden in Deutschland nicht sicher fühlen, bleibt unsere Demokratie unvollkommen, bleibt die Verantwortung aus der deutschen Geschichte unerfüllt.